



Redebeiträge auf der Festveranstaltung der  
Landsmannschaft Ostpreußen aus Anlass des Jubiläums

**60 Jahre**

Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt

17. April 2010, Hilton Berlin

# Inhalt

Horst Seehofer Grußwort	Seite 3
Wilhelm v. Gottberg 60 Jahre PAZ	Seite 5
Harald Seubert Jenseits der Schweigespirale	Seite 15
Die Autoren	Seite 35
Die PAZ-Logos im Spiegel der Zeit	Seite 36
Die aktuelle Redaktion der Preußischen Allgemeinen Zeitung	Seite 37

Horst Seehofer,  
Ministerpräsident  
des Freistaates Bayern



## Grußwort

Meine besten Wünsche für weitere gute Jahrzehnte.

Ich gratuliere der Landsmannschaft Ostpreußen, ihrem Sprecher, Herrn v. Gottberg, und allen Ostpreußen zu Ihrer Zeitung. Mutig setzt sie Zeichen und gibt den ostpreußischen Landsleuten politische Orientierung. Sie hat ihr Erscheinungsbild modernisiert, bleibt aber ihrer Tradition, ihrer Aufgabe und ihren Zielen treu.

Zeitungen der Vertriebenen haben mehrere Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen. Sie sind innerverbandliches Informationsorgan und sie vernetzen die in ganz Deutschland und im Ausland verstreut lebenden Landsleute. Sie sind Bindeglied zwischen den Generationen, indem sie der jüngeren Generation von der Heimat der Eltern und Großeltern berichten, wie es einmal war und wie es heute ist. So werden die Jüngeren dazu angeregt, sich mit der Heimat der Vorfahren zu beschäftigen, sie zu erkunden oder Nachforschungen anzustellen.

So stiften die Zeitungen über die Vertreibung, Zerstreuung und Generationen hinweg Zusammenhalt und Identität. Sie sind ferner Brücke in die alte Heimat zu den Menschen, die heute dort leben, zum Beispiel in Ostpreußen zu den Deutschen, Polen, Russen und Litauern.

Herausgeber und „Macher“ des Ostpreußenblattes waren auch bereit, neue Wege zu gehen. Der Titel wurde geändert. Das ist Programm. Die Zeitung erhebt damit den Anspruch, nicht nur für die Landsmannschaft Ostpreußen,

nicht nur für Ostpreußen Stellung zu nehmen, sondern dezidiert darüber hinaus Entwicklungen in Deutschland und Europa zu kommentieren. Diesen Schritt, über den eigenen Vertriebenenbereich hinaus Standort und Standpunkt zu markieren, klar und kantig, in gut preußisch-konservativer-aufklärerischer Tradition, halte ich für bemerkenswert. Die Zeitung ist nunmehr auch am Kiosk zu haben. All dies zeigt die Zukunftsorientierung der Landsmannschaft Ostpreußen und der Preußischen Allgemeinen Zeitung/Ostpreußenblatt.

Die vielfältigen Kontakte zwischen Bayern und Ostpreußen über die Jahrzehnte hinweg sind oft beschrieben worden. Sie führten über die bayrische Ostpreußenhilfe von 1915 hin zur Übernahme der Patenschaft über die Landsmannschaft Ostpreußen im Jahr 1978. Diese Patenschaft hat der Freistaat Bayern 2008 beim 30-jährigen Jubiläum feierlich bekräftigt. Ich stehe uneingeschränkt zu dieser Patenschaft, wie ich Herrn v. Gottberg bei unserem Gespräch im August 2009 versichert habe.

Diese Patenschaft findet vor allem ihren Niederschlag im Ostpreußischen Kulturzentrum Ellingen, das wir weiter stärken wollen. Ellingen ist das Aushängeschild ostpreußischer Geschichte und Kultur im Süden Deutschlands.

Wir stehen nunmehr 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung in der Zeitphase, in der es das zu sichern und zu bewahren gilt, was in unendlich mühevoller ehrenamtlicher Arbeit und mit viel Einsatz und Herzblut von den Vertriebenen geschaffen wurde. Hier bedarf es der engen Zusammenarbeit von Staat und Vertriebenenverbänden. Es bedarf aber auch der Weitsicht der Landsmannschaften, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Mir scheint, die Ostpreußen tun das, was gerade auch an der Zeitung sichtbar wird, deren 60. Geburtstag wir feiern.

Ich wünsche der Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt weitere gute Jahrzehnte. Meine besten Wünsche begleiten Sie.

Wilhelm v. Gottberg  
Sprecher der  
Landsmannschaft Ostpreußen



## 60 Jahre PAZ

Die Preußische Allgemeine Zeitung (kurz: PAZ) – das frühere „Ostpreußenblatt“ – ist 60 Jahre alt geworden. Am 05. April 1950 erschien die Nummer Eins des Ostpreußenblattes. Mit vierzehntägiger Verspätung feiern wir heute diesen Runden Geburtstag. Die Zeitung ist nunmehr in ihr siebtes Lebensjahrzehnt eingetreten. Das ist für ein Publikationsorgan aus dem Bereich der Printmedien ein beachtliches Alter. Zahlreiche neue Zeitungen sind nach dem Krieg auf dem Markt erschienen. Sehr viele existieren heute nicht mehr. „Das Ostpreußenblatt“ hat sich weiterentwickelt und ist nunmehr die „PAZ“ geworden.

Die PAZ hat die Identität und die Thematik des Ostpreußenblattes übernommen und fortgeführt.

Dabei war es für die Herausgeberin der Zeitung – die Landsmannschaft Ostpreußen, vertreten durch den Bundesvorstand der LO – wichtig, dass der Ursprung der erfolgreichen Kindheits- und Jugendjahre der Zeitung, die 50 Jahre lang unter dem Titel „Das Ostpreußenblatt“ erschienen ist, nicht einfach abgehängt und dem Vergessen überlassen wurde. Deswegen bleibt im Zeitungskopf auf Seite Eins der Untertitel „Das Ostpreußenblatt“ bestehen. Damit machen wir deutlich, es wurde nicht etwa 2003 eine neue

Zeitung gegründet, sondern die Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ wurde zeitgemäß weiterentwickelt.

Dabei hat die Herausgeberin ein – wie ich meine – aufgetretenes Problem zufriedenstellend gelöst. Jede Zeitung hat nur eine gedeihliche Zukunftsperspektive, wenn es gelingt, einen großen Teil der Leser emotional an die – an Ihre – Zeitung zu binden.

Beim Ostpreußenblatt war das hervorragend gelungen. Dieses Vertrauen und auch die Liebe der ostpreußischen und ostdeutschen Schicksalsgefährten zu „Unserem Ostpreußenblatt“ mussten herübergeholt werden und auf die – nur vermeintlich – neue Zeitung PAZ übertragen werden. Das konnte gelingen, indem für jedermann sichtbar wurde, dass die PAZ eben keine neue Zeitung war, sondern dass sie in großer Kontinuität die Tradition und die Inhalte des Ostpreußenblattes fortführt. Und – besonders wichtig – die PAZ ist weiterhin mit ihrem dritten Buch Verbandsorgan der LO. Meine Damen und Herren, bitte bedenken Sie, wir haben noch immer eine nicht unerhebliche Zahl von Abonnenten, die die heutige PAZ seit ihrer ersten Ausgabe am 5. April 1950, also seit nun mehr als 60 Jahren, lesen. Es wäre eine Fahrlässigkeit gegenüber der Gesinnungsgemeinschaft der Ostpreußen und menschlich unanständig, wenn wir den treuen, jahrzehntelangen Lesern des Ostpreußenblattes durch die Konzipierung einer neuen Zeitung und durch die Abwicklung des Ostpreußenblattes signalisiert hätten, sie seien uns gleichgültig.

Nein, wir wissen es und wir vergessen nicht. Unsere Zeitung war von Anfang an das wirtschaftliche Rückgrat und das Medium, um als LO zu den politischen, sozialen und kulturellen Fragen der Zeit Stellung zu nehmen. Es waren die Ostpreußen, die durch ihr Abonnement der Zeitung zur wirtschaftlichen Blüte verholfen haben, von denen bereits ganz ganz viele von dieser Welt in die Ewigkeit gegangen sind. Die Bezieher des Ostpreußenblattes, der heutigen PAZ, sind Teil der Gesinnungsgemeinschaft der Ostpreußen. Wenn wir heute eine Ausnahmestellung unter den 21 bundesdeutschen Landsmannschaften haben, dann verdanken wir dies in erster Linie den Abonnenten der Zeitung.

Es war ein schwieriger Anfang – der Start und die ersten Jahre der Zeitung ab 1950. Ruth Geede – von Anfang an dabei und auch heute noch mit 94 Jahren unverzichtbares Mitglied der Redaktion mit dem Schwerpunkt „Ostpreußische Familie“ – hat dies in der Beilage „60 Jahre PAZ“, erschienen am 3. April dieses Jahres, anschaulich beschrieben.

So wie nach Friedrich dem Großen zum Kriegserfolg auch Fortune gehört, so hatte auch die LO Glück mit ihren Redaktionsleitern, häufig auch bis heute als Chefredakteure bezeichnet. Die ersten drei Steuerleute waren ausgewiesene Zeitungsfachleute. Martin Kakies, der Name weist ihn als Ostpreußen aus, amtierte von 1950 bis 1959. Er war schon vor dem Krieg Redaktionsleiter der Zeitung „Memeler Dampfboot“ und ein großartiger Schriftsteller. Ihm folgt Eitel Kaper. Ein ernster Mann mit großem Wissen. Er war der bisherige politische Redakteur des Ostpreußenblattes. Der Bundesvorstand übertrug ihm 1959 die Gesamtverantwortung für die Redaktion.

Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts erreichte die Zeitung mit knapp 135.000 Abonnements den Höhepunkt ihrer bezahlten Auflage.

1967 wurde mit Hugo Wellems der dritte Redaktionsleiter mit der Gesamtverantwortung für die Zeitung betraut. Hugo Wellems war rheinischer Preuße, seiner Persönlichkeit und seiner Ausstrahlung nach unbedingt „Chef“. Seine Verbindungen zur politischen Klasse waren exzellent. Er ordnete an, dass im Zeitungskopf auf Seite Eins die Zeile „Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“ eingefügt wurde. So ist es bis heute geblieben. Wellems entwickelte sich zu einer allseits anerkannten Autorität, ja zu einer Institution innerhalb der LO. Es gelang ihm nicht selten, Politiker der ersten Garnitur aus dem konservativen Bereich als Gastkommentatoren zu gewinnen. Wellems gründete unter der Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen und mit deren finanziellen Ressourcen die SWG (Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft), mit der er begrenzt neue Leser für die Zeitung gewann. Die LO hat bis Ende der 90er Jahre die SWG gesponsert. Die SWG existiert noch heute, wir sind ihr freundschaftlich verbunden, organisatorische bzw. finanzielle Verpflichtungen seitens der LO bestehen aber nicht mehr.

In jeder Organisation, wie auch häufig im menschlichen Leben, gibt es Phasen des Aufbruchs, des Stillstandes und auch des Rückschrittes. Unsere Wochenzeitung blieb davon nicht verschont. Mit dem Dienstantritt von Hugo Wellems 1967 erfasste eine Phase des Aufbruchs die Redaktion. Die Zeitung wurde interessanter, vielthemiger und, wie schon ausgeführt, Spitzenpolitiker meldeten sich zu Tagesthemen in der Zeitung zu Wort. Die Redaktion hielt Wort. Man versuchte der Unterzeile im Kopf des Blattes „Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“ gerecht zu werden.

Alle waren zufrieden. Die satten schwarzen Zahlen, die die Zeitung schrieb, ließen keine Kritik aufkommen. Das blieb auch so, als sich Anfang der 70er Jahre ein deutlicher Abonentenschwund einstellte. Nach Abschluss der Brandschen Ostverträge verstärkte sich diese Tendenz. Man glaubte, mit einer verstärkten Eigenwerbung in den eigenen Reihen, den Schwund aufhalten zu können. Tatsächlich gelang es, ohne das ganz große Geld für Werbemaßnahmen auszugeben, jährlich 1.000-1.500 neue Leser zu gewinnen. Der durchschnittliche jährliche Verlust an Lesern betrug allerdings 3.000-4.000 Leser. In den 80er Jahren sank die Auflage auf unter 50.000. Nun wurde auf jeder Sitzung der OLV über Maßnahmen zur Auflagensteigerung diskutiert. „Man sollte...“, „Man könnte...“, „Man müsste...“. Nichts geschah. 1987 wurde durch die Ostpreußische Landesvertretung eine Zeitungskommission eingesetzt, die dem Bundesvorstand Vorschläge zur Auflagensteigerung unterbreiten sollte. Etwas Substantielles wurde dabei nicht ausgebrütet. Hugo Wellems schlug Alarm, bei Absinken der bezahlten Auflage auf unter 30.000 könne die Zeitung nicht mehr kosten-deckend produziert werden.

Es kam das Wendejahr 1990. Die bezahlte Auflage betrug gut 32.000. Im Oktober 1990 wurde ich zum Stellvertretenden Sprecher der LO berufen. Mir war damals schon klar: Ohne gravierende Innovation in der gesamten Redaktion hatte die Zeitung keine Zukunft. Das Problem war Hugo Wellems. Er, Jahrgang 1912, war nicht mehr im Stande, die erforderliche Erneuerung bei der Redaktionsarbeit durchzusetzen. In Redaktionsstuben waren PC und Monitor längst eingezogen. Allerdings nicht in unsere. Die Redaktion der PAZ arbeitete weiterhin mit der guten alten Schreibmaschine,



teilweise Modell 50er Jahre. Die Redakteure korrigierten ihre Texte nicht selbst. Beim Druckhaus musste ein Lektor angestellt und bezahlt werden. Der Personalkörper in der Redaktion war aufgebläht und nicht von sehr guter Qualität. Und keiner war bereit, mit Hugo Wellems zu reden und ihm den Rücktritt nahe zu legen.

Glücklicherweise ließ der Druck, bei der Person Wellems zu handeln, ein wenig nach, denn die bezahlte Auflage stieg ab 1991 deutlich. Am 1. November 1992 wurde ich Sprecher der LO und bekam die Erstverantwortung für die Zeitung übertragen. Zu Hugo Wellems hatte ich ein gutes Verhältnis. Er hatte mich im August und September 1992 sehr intensiv gebeten, das Sprecheramt zu übernehmen, und mir seine Loyalität versichert. Loyalität kann keine Einbahnstraße sein. Deshalb war ich glücklich, dass die bezahlte Auflage 1993 weiterhin stieg. Dazu habe ich sicherlich indirekt beigetragen, denn in den Jahren 1991 und 1992 habe ich 14 neue Kreisgruppen und zwei Landessgruppen der LO in Mitteldeutschland gegründet. Mitstreiter haben die restlichen drei Landesgruppen in Mitteldeutschland ins Leben gerufen. Nach einer Phase des Stillstandes und des Rückganges war plötzlich wieder Aufbruchstimmung angesagt. Gleichwohl musste das Problem „Chefredakteur“ gelöst werden. Die bezahlte Auflage stieg auch 1994. Im Mai 1994 hatte ich schließlich ein langes Vier-Augen-Gespräch mit dem Chefredakteur. Wir vereinbarten sein Ausscheiden zum Jahresende 1994 mit Weiterzahlung des Gehalts bis einschließlich März 1995. Mit einer Festveranstaltung zum 45. Geburtstag der Zeitung im April 1995 sollte Wellems ehrenvoll verabschiedet werden. So weit, so gut. Wellems hielt allerdings nicht mit seinem Wunsch zurück, in den Sielen sterben zu wollen. Im Herbst 1994 musste er längere Zeit das Bett hüten, auch ein Krankenhausaufenthalt wurde fällig. Anfang 1995 war er nochmals in der Redaktion, um seinen Schreibtisch leerzuräumen. Er wurde damit nicht fertig, er wollte nochmals wiederkommen. Im Februar musste er erneut ins Krankenhaus. Am 30. März 1995 habe ich ihn an seinem Grabe für sein Lebenswerk „Das Ostpreußenblatt. Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“ gewürdigt. Der Bundesvorstand hat ihm posthum die höchste Auszeichnung, den Preußenschild, verliehen.

Wellems Nachfolger Horst Stein hat mit der Modernisierung der gesamten Redaktionsarbeit begonnen. Dabei gab es viel zu tun. Es wurden auch gravierende Fehler gemacht, die in letzter Konsequenz der Bundesvorstand bzw. der Verantwortliche des Bundesvorstandes, der Sprecher, zu verantworten hatte. Die neue Technik erwies sich als unzureichend, sie musste nach drei Jahren ausgetauscht werden. Das Redaktionssystem erwies sich als nicht kompatibel mit der Technik des Druckhauses. Mit hohem Aufwand mussten diese unterschiedlichen Techniken angepasst werden. Damit einhergehend war eine Schulung der Redakteure notwendig. So mancher Computer stürzte ab, der kostenpflichtige Servicedienst musste gerufen werden.

Die Redaktion musste personell verkleinert werden. Wellems hatte immer auf drei Mitarbeiterinnen im Redaktionsbüro bestanden. Die Forderung des Bundesvorstandes, dass Redakteure ihre Texte selbst korrigieren – allgemein üblicher Standard – erforderte im Einzelfall, das Auswechseln des Mitarbeiters. Doch es ging voran, es war wieder Aufbruchstimmung. Aus der Redaktion von Hans Heckel kam auch die energische Forderung, nun auch das Medium Internet für die Zeitung und die Leser zu nutzen. Keine Frage, auch die PAZ ging in den 90er Jahren online. Allerdings erfüllten sich damit längst nicht alle Erwartungen. Ab 1996 ging die bezahlte Auflage wieder zurück.

Mir wurde klar, mittelfristig werden wir mit der Zeitung nur überleben können, wenn es gelingt, einen neuen Leserkreis zu erschließen, denn die weltweite Ostpreußenfamilie war erschreckend geschrumpft. Es musste eine Verbreiterung der Leserschaft erreicht werden, ohne die bisherigen Leser zu verlieren. Da der Titel „Das Ostpreußenblatt“ ganz eindeutig den Verbandscharakter der Zeitung auswies, war eine Titeländerung unumgänglich. Beim „OB“ waren Preußen und Preußentum auch bisher schon immer Thema. Warum also nicht auf die preußische „Karte“ setzen? Mit dem Namen „Preußische Zeitung“ schlug ich einen Arbeitstitel vor, der gegebenenfalls später auch als Haupttitel dienen konnte. Der Name wurde geschützt, und die „Preußische Zeitung“ erschien zunächst drei Mal jährlich als Beilage zum Ostpreußenblatt. Gleichzeitig wurden die Diskussionen über

die Titeländerung eröffnet. Zunächst war die Skepsis im Bundesvorstand groß, doch auch von der Redaktion wurde die Namensänderung gefordert, so dass nach zweijähriger Diskussion die Sache in die OLV zur Beschlussfassung gegeben wurde. Gleichzeitig kam von Frau Geede der Vorschlag, als neuen Namen „Preußische Allgemeine Zeitung“ festzulegen. So geschah es. Es war dem Bundesvorstand klar, dass bei der Aktion „Namensänderung“ auch die Leserschaft mitgenommen werden musste. Deshalb erschien der neue Name zunächst als Untertitel zum bisherigen Namen „Das Ostpreußenblatt“. Nach knapp zwei Jahren wurden Haupt- und Untertitel gegeneinander ausgetauscht. Gleichzeitig erfolgte durch den Sprecher und den Chefredakteur zwei Mal eine ausführliche Begründung für die Namensänderung in der Zeitung. Das Vorhaben gelang ohne eine nennenswerte Anzahl von Lesern zu verlieren.

2004 sahen sich der Bundesvorstand und die Redaktion gezwungen, die sich erneut im Sinkflug befindliche Auflage durch eine bundesweite Werbemaßnahme zu stützen. Dafür wurden 250.000 € zur Verfügung gestellt und die Hilfe eines Unternehmens der Werbebranche in Anspruch genommen. Das Ergebnis blieb deutlich hinter unseren Erwartungen zurück. Schon seit etwa zehn Jahren diskutierte der Bundesvorstand der LO, die Zeitung bundesweit auch an den Kiosken anzubieten. Bisher ist die PAZ eine reine Abonnementzeitung. Dieser Schritt „Kioskverkauf“ ist grundsätzlich nicht ohne Inkaufnahme eines schweren Nachteils realisierbar. Die Wochenzeitung PAZ ist auch noch – wie schon seit 60 Jahren – Verbandsorgan für die Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen. Damit ist ein Steuerprivileg verbunden. Dieses Privileg entfällt beim Kioskverkauf.

Seit Ende Januar wird die PAZ nun auch bundesweit im Zeitungshandel angeboten. Der Bundesvorstand sieht im durchaus kostenträchtigen Kioskverkauf eine geeignete Werbemaßnahme, um der Zeitung neue Leser zuzuführen. Es ist aus heutiger Sicht nicht daran gedacht, die PAZ ständig im Zeitungshandel öffentlich anzubieten.

Meine Damen und Herrn, die Landsmannschaft Ostpreußen – vertreten durch den Bundesvorstand – besitzt das alleinige Verfügungsrecht über

die PAZ. Das soll auch so bleiben. Wir werden keinen Zentimeter unserer Autonomie hinsichtlich der Zeitung abgeben. Versuche, bei der PAZ mitzubestimmen, hat es in der Vergangenheit zwei oder drei Mal gegeben. Wir haben mit der Zeitung bisher alle Krisen überstanden, weil uns niemand hineinreden und mitbestimmen konnte.

Es ist noch nicht entschieden, ob das wunderbare Projekt, gestartet als „Das Ostpreußenblatt“ jetzt „Preußische Allgemeine Zeitung“, langfristig erfolgreich sein wird. Der Konkurrenzkampf auf dem Markt Printmedien ist beinhart. Sollte die Zeitung eines Tages aus dem Wettbewerb genommen werden müssen, wird man dem Bundesvorstand nicht vorwerfen können, den Kampf um ihre weitere Existenz vorzeitig aufgegeben zu haben.

Wo steht die Preußische Allgemeine Zeitung heute politisch?

Die Gründungsväter und -mütter der LO haben 1950 die Leitlinie für die Zeitung vorgegeben. Diese Leitlinie gilt noch heute. Sie lautet:

Aufrechterhaltung der Freiheit,

Durchsetzung des Rechtes,

Erhaltung des Friedens.

Diesem Dreiklang – Freiheit, Recht und Frieden – ist die Zeitung bindend verpflichtet.

Gegenüber 1950 haben sich allerdings die Akzente verschoben. Die Freiheit der Deutschen wird heut nicht mehr von außen, sondern von innen bedroht. Die politische Korrektheit – einst von den 68ern begründet – legt fest, was wir denken und sagen dürfen. Der Artikel fünf des Grundgesetzes gilt nicht mehr uneingeschränkt. Unsere Zeitung aber wird nicht schweigen, wenn, wie heute üblich, in Schulbüchern und Ausstellungen gefälschte Deutsche Geschichte vermittelt wird.

Die Durchsetzung des Rechtes: Die PAZ wird immer wieder die Erodierung des Rechtsstaates thematisieren. Hier ist auf einem verhängnisvollen Weg schon weit vorangeschritten worden. Die Eigentumsgarantie des Artikels 14 (Grundgesetz) wurde beim Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik mit Füßen getreten. Eine Staatsregierung, die beim Ankauf von gestohlenen Steuerdaten zum Hehler wird, die andererseits einen abgewählten

Bundeskanzler beim Missbrauch von Parteispenden unbehelligt lässt, fügt dem Rechtsstaat schweren Schaden zu.

Erhaltung des Friedens: Die schreckliche erste Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa, aber auch die Kriege in unseren Tagen sowie die zahlreichen, weltweiten Soldatenfriedhöfe mahnen uns täglich. Daraus ergibt sich: Wir wollen dem Frieden mit aller Kraft dienen, dabei verfallen wir jedoch nicht in einen illusionären Pazifismus, denn für uns – für die PAZ – gilt: „Wenn Du den Frieden willst, so schärfe das Schwert.“ Wir brauchen die Bundeswehr, und wir brauchen die Mitgliedschaft in einem Verteidigungsbündnis.

Freiheit, Recht und Frieden, diese zutiefst christlichen Werte, können nur dann gesichert werden, wenn wir unserer Zivilisation die religiöse Dimension erhalten. Geht diese verloren, dann steht das Schwimmen um unsere Zukunft. Alexander Solschenizyn; – dieser großartige russische Literat, Literatur-Nobelpreis-Träger und ein Freund der Deutschen – formulierte einst in Hinblick auf die russische Tragödie im 20. Jahrhundert: „Die Wurzeln allen Übels liegen im Abfall von Gott“. Ähnlich hat sich auch der verstorbene Bundespräsident Karl Carstens geäußert. Deshalb gilt für die Berichterstattung der PAZ: Wir halten fest an der Frohen Botschaft des Evangeliums, wie sie uns in der Heiligen Schrift, in den Verlautbarungen der Konzile und dem reformatorischen Bekenntnis Luthers überliefert ist. Aufgabe einer verantwortungsbewussten Presse, zu der die PAZ zugerechnet werden muss, ist es auch, überall in Europa freiheitliche Errungenschaften und nationale Identität in Einklang zu bringen und damit Demokratie und Nationalstaat miteinander zu verbinden. Dazu ist es notwendig, dass in der politischen Diskussion hartnäckige Vorurteile oder sogar Abscheu gegenüber dem Wort „Nationalstaat“ überwunden werden. Denn nicht der Nationalstaat an sich, sondern seine durch Ideologien herbeigeführten Verirrungen sind gefährlich für Europa.

In einer Zeit, da der deutsche Soldat der Wehrmacht und auch der Bundeswehr schlimmen Diffamierungen ausgesetzt ist, wird die PAZ kompromisslos für die Ehre des deutschen Soldatentums eintreten. Zehntausende

Angehörige der Wehrmacht ließen 1945 ihr Leben, damit Millionen Ostdeutsche überleben konnten.

Eingedenk des Wortes des verstorbenen französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle: „... man erkennt den Charakter eines Volkes auch daran, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht“, werden wir den gefallenen und überlebenden Soldaten der Wehrmacht ein ehrendes Andenken bewahren und den Soldaten der Bundeswehr Respekt und Anerkennung nicht versagen. Ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit in der Vergangenheit und für die Zukunft kann man nicht hoch genug einschätzen.

Die Entwicklungsgeschichte der PAZ aber auch verantwortungs- wie gesinnungsethische Gründe gebieten es, die geschichtlichen, geistigen und kulturellen Gemeinsamkeiten der deutschen Nation auch für die Deutschen jenseits der heutigen Ostgrenze der Bundesrepublik zu bewahren und lebendig zu halten. Mit Hilfe unserer Wochenzeitung PAZ wollen wir die Geschichts-, Sprach- und Kulturgemeinschaft mit unseren dort lebenden Landsleuten stärken.

Der Geschichtsverfälschung und der Geschichtslosigkeit wird die PAZ entgegenwirken, wie sie das auch bisher getan hat. Dabei ist der Redaktion das Prinzip „Wahrheit“ Leitlinie. Dies ist von existentieller Bedeutung für die Zeitung und für alle Deutschen, da der Eindruck gewonnen werden könnte, dass in weiten Teilen der Republik die Lüge zum System erkoren wurde. Der massive Versuch, uns den 8. Mai 1945 mittels fast aller zur Verfügung stehenden Medien als Tag der Befreiung einzutrichern, steht als Beispiel für die Tatsache, dass heute der Einbruch eines neuen Totalitarismus festzustellen ist.

Ich fasse für die Zukunftsdevise der Zeitung noch einmal zusammen:

Festhalten an Bewährtem,

für Erneuerungen nach kritischer Würdigung offen sein,

dem Ganzen und der Wahrheit verpflichtet sein,

Distanz zum Zeitgeist halten,

Preußische Tugenden leben und somit Vorbild sein.

Prof. Dr. Harald Seubert,  
Universität Halle-Wittenberg und  
Adam Mickiewicz-Universität Posen



## **Jenseits der Schweigespirale**

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich danke für die ehrenvolle Einladung und möchte der PAZ herzlichst gratulieren: ad multos annos. Die Würdigung von Herrn v. Gottberg war von wirklich preußischem Geist bestimmt: Auch das Schwere, Belastende wurde nicht verschwiegen. Und jene Trias von Freiheit-Recht-Frieden, ihre Zeitung trägt, besser: ist preußisches, damit alteuropäisches Erbe und Maßstab für die Zukunft gleichermaßen.

Zur Sache. Von der Schweigespirale war wohl erstmals in Alexis de Tocquevilles überaus luzider Analyse der Demokratie als der kommenden Regierungsform die Rede. Er, Vertreter des ancien régime und nach 1789 Unterlegener der Geschichte, wollte in dem amerikanischen Experimentierfeld studieren, auf welche Herrschafts- und Staatsform sich die Welt zubewegen würde. Dabei diagnostizierte de Tocqueville eine innere Differenz innerhalb der Demokratie: die Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit. Im Zweifel werde sich die Mehrheit einer Bevölkerung in der Demokratie für die Gleichheit entscheiden. Tocqueville spricht von der ‚sanften Despotie‘. In diesem Horizont bildete sich der neue Begriff der ‚öffentlichen Meinung‘ heraus. Die jüngst verstorbene Elisabeth Noelle-Neumann hat dann virtuos gezeigt, wie die Schweigespirale ein Instrument politischer Macht und sozialer Kontrolle ist, das die Gewaltenteilung unterläuft. Die Crux ist dabei, dass eine Minderheit, der es gelingt, ihre



Meinungen und Wertungen laut vernehmlich und vor allem in Wiederholung und auf verschiedenen Kanälen zu äußern, Gegenauffassungen aber zu diskreditieren, die strategische Hoheit gewinnt. Die andere Seite wird immer leiser werden. Man wird sich seiner Sache schämen, und hätte man selbst die Wahrheit auf seiner Seite. Der Wirksamkeit eines radikalen Nonkonformisten, wenn es ihn denn geben sollte, sind insofern enge Grenzen gezogen. Er wird Gefahr laufen, für verrückt erklärt zu werden. Der junge Thoreau, der später aus der Zivilisation floh, hat in sein Tagebuch eingetragen: „Es ist immer leicht, das Gesetz zu brechen, aber selbst die Beduinen in der Wüste finden es unmöglich, Widerstand zu leisten gegen die öffentliche Meinung“. Die Kultur- und anthropologische Revolution von 1968 hat gerade durch diese Schweigespirale reüssiert. Der anderen Seite bleibt dann der mehr oder minder hilflose Proteste, Leserbriefe, Antichambrieren, und oftmals endet ihr Protest vor den Türen und Türhütern der neuen Exponenten der Macht, in geradezu Kafkaesken Verzerrungen. Es hilft dabei wenig, wenn zwischen ‚öffentlicher‘ und ‚veröffentlichter‘ Meinung unterschieden wird. Die letztere prägt in jedem Fall die erstere. Eine Stimme der Mehrheit, die dem, was der Medienmainstream bietet, diametral entgegenläuft – und in dieser Durchbrechung des Gängigen spielt in Deutschland die Preußische Allgemeine eine immer wichtigere Rolle –, ist häufig nur noch zu vernehmen, wenn man unter sich ist. Öffentliche Meinung konstituiert einen ‚Kanon‘, zu dem man sich gleichsam bekennen muss, wenn man sich nicht isolieren will, wobei die Auffassungen, die eingenommen werden, zumindest ebenso bedeutsam sind, wie das, was verschwiegen wird. Entscheidend ist zuerst das Agenda-Setting. Eine Seite bestimmt, worüber überhaupt geredet wird und in zweiter Linie: von wem. Welche Fragen werden gestellt, welche Personen erscheinen dafür relevant? Noelle-Neumann beschreibt die öffentliche Meinung in diesem Sinne als unsere „soziale Haut“, und mit Rousseau konstatiert sie, sie sei Feind des Individuums, zugleich aber Schutz der Gesellschaft. Von der Meinung zum Wissen zu kommen, durch dialegesthai, durch Prüfung der Sache und zugleich der Seelen, war der Sokratische Anspruch, der aufs engste mit dem Ethos und Geist Europas verbunden ist. Christlich fin-



det er seine Erweiterung und Vertiefung: „Die Wahrheit (aletheia) wird euch frei machen“, ist die Verheißung Jesu Christi. Die Unterscheidung von Doxa und Aletheia, Meinung und Wahrheit bleibt grundlegend. Wir müssen gleichsam die Höhle der Meinungen verlassen, in der wir Tatsachen nur als Schattenrisse an der Wand erkennen können, um zur Wahrheit selbst vordringen zu können. Und im Gegenzug kann man mit Robert Spaemann sagen: Dort, wo nicht mehr nach der Wahrheit gefragt wird (einem Absolutum!), bleibt als einzige Unterscheidung das, was man sagen darf und was nicht. Zu der skizzierten Situation scheint in drastischem Gegensatz zu stehen, was der große Philosoph Preußens, Immanuel Kant, meinte, wenn er den Publizitäts-Grundsatz als eine der wesentlichen Garantien eines ewigen Friedens festhielt. Dies richtete sich gegen die Geheimdiplomatie ebenso wie gegen die Einschachtung in eine Politik der Kabinette. Vor dem freien Gebrauch der Vernunft sollten sich die Grundsätze der Politik ausweisen. Legitimierbarkeit sollte einzig aus der Zustimmung der Vernunft folgen. Mit dem Zeitalter der Aufklärung, der Fülle der Wochen- und Monatsschriften, der Salons- und Diskussionsgesellschaften setzt ein, was Jürgen Habermas die ‚diskursive Öffentlichkeit‘ genannt hat – im Unterschied zur der repräsentativen Öffentlichkeit der barocken Welt. Letztere war eine Art ‚höfische Öffentlichkeit‘, die mit der heutigen Verlagerung des politischen Diskurses in die Talkshows teilweise zurückzukehren scheint. Die Geschichte einer weltverändernden Publizität reicht indes weiter zurück: Es war die Publizistik, die die Lutherische Reformation überhaupt erst ermöglicht und ihr diese singuläre Durchschlagskraft gesichert hat. Das Säkulum der Aufklärung hatte aber eine Kehrseite, die auch rasch erkannt wurde: Wo sich Publizität von der Sittlichkeit löst, wo jene Ligatur preisgegeben wird, die der große Königsberger Philosoph gekennzeichnet hatte, droht eine unterschwellige Lenkung des Blicks. Dann tritt gerade das ein, was Platon in der ‚Politeia‘ als Pathologie der doxa vorzeichnet. Die Schatten und die Gaukelbilder der Schatten werden mit der wahren Welt gleichgesetzt. Die Menschen meinen sich selbst – und ihresgleichen – zu sehen, doch es sind nur Schatten. Und nur mit Gewalt könnte einer dazu gebracht

werden, die Höhle zu verlassen – und sich ins Freie zu wenden. Kant hatte also aus sehr guten Gründen Publizität mit dem Sittengesetz verbunden; damit ist die Öffentlichkeit auf Wahrheit und Wahrhaftigkeit verwiesen. Man kann noch einen Schritt weiter gehen: Die parrhesia: die christliche Freimut, ist im Neuen Testament eng mit dem Heiligen Geist verknüpft. Zur freien Rede sind die Christen „be-geistet“: ein christlicher Maßstab, der auch für die Demokratie verpflichtend sein sollte. Die Zeitung, die wir heute feiern, hat um diese Kultur der Freiheit besondere Verdienste. Die Rolle der Vertriebenen ist auch dadurch für die deutsche Nation von höchster Bedeutung, dass sie das Gedächtnis wachgehalten haben – in offener Rede. Dazu war und ist die Preußische Allgemeine Zeitung ein scharf geschliffenes Instrument; zugleich Thesaurus (Schatzhaus), in dem das Gewesene bewahrt bleibt. Das Gedächtnis an Landschaften, Orte und ihren Geist. Ostpreußen als Sehnsuchtsland: Dies reicht viel weiter als das unmittelbare Schicksal von Flucht und Vertreibung. Damit verbindet sich aber das Gedächtnis an Schmerz und Unrecht, an Manipulationen der Geschichte, die nach 1945 vielen Millionen Menschen widerfahren ist. Sie haben die Wunde offengehalten und den Schmerz am Schwären. Das grundlegende Menschenrecht zu trauern, das konstitutiv ist für Humanität, haben Sie wachgehalten, so wie es in der vielleicht vollkommensten Tragödie der alten Welt, Sophokles' Welttragödie, Antigone tut. Und Sie haben dies verbunden mit dem wachen Blick nach vorne und dem genuin preußischen Geist der Toleranz. Das Antigone-Gleichnis trägt noch weiter: Es war Antigone, die auf dem natürlichen sittlichen Recht bestanden hatte: So haben auch die Preußen und Ostpreußen auf Völkerrecht und der sittlichen Grundlage von Staat und Politik insistiert. Sie haben sichtbar gemacht, wie auf Rechtsbruch und Gewalt niemals die Einheit Europas gegründet werden kann, das vielmehr auf die Rechtsnormen des europäischen Kulturkreises fundiert sein muss. Und dabei haben sie auf alle Revanche konsequent verzichtet. Nur wo der Schmerz empfunden wird, wo das Böse ausgetragen wird und nicht etwa verdeckt, kann Friede entstehen. Ist dies nicht gerade eine entscheidende Lektion des christlichen Glaubens? Sie, meine Damen und Herren, durchbrachen durch Jahrzehnte

den Deckmantel eines Schweigens und Sie waren doch, das muss man sehen, Sündenböcke für jenen Mainstream, der sich immer schon auf der Seite des Westens im moralisch höheren Gelände sehen wollte. Dass aber das Selbstbestimmungsrecht von Völkern, völkerrechtliche und humane Grundeinsichten gerade unter Ihnen fortlebten, dies hatte Bedeutung für die Kultur Freiheit unserer Republik, die wir heute zum Teil wiedergewinnen müssen. Man rührte, wenn man an das Unrecht der Vertreibung rührte, an das vielleicht letzte Tabu dieser Gesellschaft, neben jenem des offenen christlichen Bekenntnisses. Das gibt Festigkeit, die aber nicht zur Verhärtung führen darf. Auf die Rolle der Vertriebenen, insbesondere der Ostpreußen, passt das Hölderlin-Wort: Mitleidend bleibe das ewige Herz, doch fest. Dadurch wird diese Mauer aus Kautschuk, wie Armin Mohler die Schweigespirale einmal genannt hat, durchbrochen. Dass die Vertriebenen neben Hab und Gut, neben allem Geschehenen auch darin auf sich zurückgeworfen waren, dass man ihnen die Anerkennung verwehrte, so wie es der junge Historiker Andreas Kossert jüngst gezeigt hat („Kalte Heimat“), macht ihr Organ, die Preußische Allgemeine Zeitung zu einer wichtigen Stimme in der Medienwelt der Bundesrepublik. Die Publizitätsfreiheit bedarf immer der Verantwortung vor dem gesprochenen, geschriebenen Wort. Man kann sie nur empfinden, wenn man Abstand gewinnt von dem immer belangloseren Rauschen von Massenmedien, dem aber eine strikte, fast eiserne Grenzlinie entspricht, die das, was gesagt werden darf, von dem trennt, was nicht gesagt werden kann. Internetforen und Blogs können dabei das gedruckte, abwägende und präzise formulierte Wort insbesondere der Wochenzeitungen nicht ersetzen. Es sei denn, wir wollten zu einer Republik des Geschwätzes werden, die dann auch keine freiheitliche mehr wäre. Publizität ist ein wesentlicher Garant von Freiheit. Freiheit aber bedarf der Sittlichkeit.

Ein Topos nach 1945 war es, dass die Deutschen „Land des Gehorsams“ seien und nichts von Freiheit wüssten. Thomas Mann machte diese Vorhaltung in seiner Rede „Deutschland und die Deutschen“ im Mai 1945. Die ganze deutsche Geschichte sollte in dieses Zwielflicht gezogen werden – und das nicht nur von den Siegermächten, weitgehend mach-

te man sich selbst die Auffassung zu Eigen, die Deutschen hätten keine den westlichen Nationen vergleichbare Freiheitsgeschichte. In dieser Sicht wurde dann die „Westernization“ unseres Landes zur einzigen Quelle seiner Identität -barer Unsinn, wie sich nachweisen lässt. Im 18. bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte man es anders gesehen: Das Alte Reich war eng verknüpft mit den ‚Deutschen Freiheiten‘ und Montesquieu, der große Lehrer der Gewaltenteilung, sprach gar davon, die Freiheit sei aus den Wäldern Germaniens gekommen; allenfalls Polen wurde eine ähnliche Freiheitsgeschichte zugetraut. Diese Freiheit bedeutete im Alten Reich: gelindes Regiment – imperium limitatum – in klarer Abgrenzung gegenüber der südlichen oder auch westlichen Staatsräson. Es war freilich eine staatsimmanente, christlich gebundene Freiheit, mit stark korporativen Elementen.

Realer als die Abwertung deutscher Freiheit ist die Vorstellung, die Deutschen hätten die Freiheit nur als innere Freiheit gekannt, wohingegen die westlichen Nationen ihr äußerlich Manifestation gaben. Doch auch dies hält näherer Prüfung nicht stand. Der deutsche und preußische Freiheitsgedanke ist mehr als nur geträumt. Kant, Fichte, der deutsche Idealismus, aber auch die bewegende Freiheitsthematik in Schillers Dramen, war dies nicht das Komplementärstück zu der Tricolore-Liberté – und haben wir nicht einen guten Grund, darin sogar eine Reife und Reflexionskraft zu erkennen? das Desiderat der ‚Ordnung der Freiheit‘, das sich die Revolution nicht geben konnte? Die deutschen Denker haben, anders als die französischen Akteure, immer gesehen, wo die Freiheit sich selbst zu zerstören droht. Einen unmittelbaren Weg von den Teutschen Libertäten des alten Reiches zu einer demokratischen Verfassung wie in Amerika, in der Schweiz oder auch in den Niederlanden hat es indes nicht gegeben. Die Wege der deutschen Freiheitsgeschichte von den Teutschen Libertäten her sind labyrinthisch, wie Hans Maier schrieb. Preußen aber ist anders! Denn im Zeichen der preußischen Staatsidee entwickelt sich ein Freiheitsbegriff, der Freiheit gleichsam als Recht auf Rechtsstaatlichkeit, auf die republikanische Verfassung selbst begreift. Im deutschen Verständnis ist Freiheit damit klassisch sittlich konturiert. Sie ist nicht nur negative Freiheit: das,

worüber die Gesetze schweigen. Freiheit ist im Sinne des Rechtsprinzips der Kantischen Philosophie definiert und begriffen als: „Unabhängigkeit von eines anderen nötiger Willkür, sofern sie mit jedes anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammenbestehen kann“. Freiheit sei, so zeigt Kant weiter, „das einzige, ursprüngliche, jedem Menschen kraft seiner Menschheit zustehende Recht“. Gleichheit besteht also zunächst normativ, als gleicher Zugang zu dieser Freiheit. Dies ist, im Kantischen Sinne, der Versuch, den möglichen, ja wahrscheinlichen Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit aufzulösen. Nicht nur der Not- und Verstandesstaat, sondern der sittliche Staat der Freiheit wird in der klassischen deutschen Philosophie, zwischen Kant und Hegel, gedacht. Und Kant führte in diesem Geist weiter aus: „Eine Verfassung von der größten menschlichen Freiheit nach Gesetzen, welche machen, dass jedes Freiheit mit der andern ihrer zusammen bestehen kann... ist doch wenigstens eine notwendige Idee, die man nicht bloß im ersten Entwurfe einer Staatsverfassung, sondern auch bei allen Gesetzen zum Grunde legen muss, und wobei man anfänglich von den gegenwärtigen Hindernissen abstrahieren muss“. Diese Hindernisse lägen in der menschlichen Natur. Gerade Kant wusste mit dem Prediger Salomo: „Des Menschen Herz ist böse von Jugend auf.“ Dieser Freiheitsbegriff bleibt exemplarisch für die Idee der gewaltenteiligen Republik, des Rechtsstaates. Er konnte so wohl nur vor der preußischen Staats- und Verfassungswirklichkeit gedacht werden. Er gründet sich aber auf eine Verpflichtung des Bürgers. Gerade in diesem Sinn muss man mit dem großen Staatsrechtler Erich Kaufmann festhalten: „Es gibt kein Zurück hinter Kant“. Der Verpflichtungscharakter war in der Weimarer Verfassung noch explizit enthalten: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert“. In der Bundesrepublik Deutschland manifestiert sich dies eher in der permanenten Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts. Letzter Gegensatz zu diesem Grundsatz jedenfalls wäre das, was Konrad Lorenz die „Verhausschweinung des Menschen“ nannte.

Die skizzierte preußische Bestimmung von Recht als objektive Freiheit ist also keineswegs ein abstrakt idealistischer Höhenflug. Sie hat eine realgeschichtliche Verankerung und sie sollte Verpflichtungscharakter für die Gegenwart haben. Im späten 18. Jahrhundert wurden in Preußen die freiheitlich emanzipatorischen Tendenzen des westlichen Naturrechts aufgenommen. Politische und bürgerliche Freiheit wurden dabei unterschieden. Die deutsche Entwicklung hat auch damit zu tun, dass bis ins 19. Jahrhundert hinein eine untyrannische, sich ihrer Pflichten bewusste Obrigkeit regierte. Nicht zuletzt deshalb konnten die Denker von der anderen Seite des Rheins auch die Krankheit der Französischen Revolution klar sehen. Hegel diagnostizierte die Furie des Verschwindens, angesichts deren eine Hinrichtung nicht mehr sei als das Abschlagen eines Kohlhauptes. Die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem System der Bedürfnisse, der Entfremdung des Menschen als Produzenten und Konsumenten, bedarf eines Haltes von Sittlichkeit. Nach Hegel kann er nur durch die Familie überhaupt dem menschlichen Leben vermittelt werden. Sich anerkennen als sich gegenseitig Anerkennende, dies ist entscheidend. Der Einzelne muss in geformten, konkreten Freiheiten der Gesellschaft entgegentreten können. Hier nennt Hegel die Korporationen. Freiheit bedarf der Rechtssicherung, der sittlichen Fundierung und damit der Institutionen.

Diese Institutionalisierung bewahrte vor dem irrwitzigen Feuerbrand, des Lichtes Himmelsfackel, die am Ende Städte und Länder einäschert und den die deutschen Denker jenseits des Rheins fasziniert und erschüttert erkennen konnten. Auch noch die Re-volution, eigentlich RE-FORMATIO (das Wieder- in Form-Bringen) von 1989 ist eigentlich im Lichte dieser Freiheitsgeschichte zu sehen. Ihre Friedlichkeit, ihre christliche Grundorientierung unterscheidet sie grundsätzlich von der Gewaltgeschichte der Revolutionen, die sich ausgehend von der Französischen, ihrer aller Mutter, entfesselten. Es ist nicht, wie der große Walter Kempowski meinte, ein Unglück, dass in jener Revolution kein Blut floss. Dies macht vielmehr ihre Signatur. Man sollte also nicht, wie die Linke es immer tat, klagen, dass die Deutschen keine Revolutionen hatten. Und man sollte sehr viel

mehr Selbstbewusstsein aus dem Jahr 1989 als Ende der Zementierungen ziehen, wie dies tatsächlich für die Einheit Deutschlands geschieht. Man muss vor dem Hintergrund deutscher Freiheits- und Staatstradition kritisch notieren, dass die Verfassung von Hugo Preuss das Prinzip der Volkssouveränität verabsolutierte. Sie erhob damit auch den Relativismus zum Prinzip. Gerade das hat Carl Schmitt brillant kritisiert. Der Außerkraftsetzung der Demokratie auf parlamentarischem Wege, im Namen eben der Volkssouveränität, war damit Tür und Tor geöffnet. Und das Menetekel eines paralysierenden, am Ende die Republik zerstörenden Parteienstreites sollte von Weimar aus im Gedächtnis bleiben. Zum Relativismus kam der Formalismus: Ein konkreter Gehalt und eine Zielsetzung der Staatsform war nicht hinreichend vor der Selbstaufhebung gefeit. Freiheit und Herrschaft kamen nicht zusammen – aus inneren Gründen, aber eben auch aufgrund von Mängeln der Verfassung. Bonn und Berlin sind gewiss nicht Weimar. Doch, ob Demokratie und republikanischer Rechtsstaat in der globalen Welt fortbestehen, wenn ihre Wertausrichtung undeutlich ist, wenn nur moderiert wird, nicht geführt, wenn die sittlichen – und christlichen – Fundamente ausgehöhlt werden, ist keineswegs ausgemacht; zumal, wenn sich allerorten Erosionen zeigen, etwa indem zwischen Person und Amt nicht unterschieden werden kann, wo Privates nach außen gehängt wird. Wie sehr uns Preußen fehlt, sieht man gerade im Blick auf diesen Mangel an Maß und Pflicht. Ich erinnere mich, als Abiturient ein Kabarettprogramm der Old Dame des Kommödchens Lore Lorentz gesehen zu haben, einer eher linken Künstlerin, die Preußens Andenken beschwor: „ganz ohne Preussen geht die Chose nicht“, hatte sie damals gesungen.

Das Grundgesetz knüpfte nach 1945 aus guten Gründen nicht an die Weimarer Verfassung an. Begründet auf das Sittengesetz, war vielmehr der Begriff der Bürgerfreiheit wieder zentral. Rechtsstaatlichkeit – unter Voraussetzung des Sittengesetzes, fundiert in der INVOCATIO Gottes, gab sich dieser Staat eine Verfassung, die auf alle Selbstauflösung und ideologische Einvernahme antwortete. Die Invocatio Gottes bedarf ihrerseits keiner weiteren Begründung. Eine fundiertere Antwort konnte man

auf das Dritte Reich nicht geben. Sie setzt der weltlichen Macht eine klare, nicht überschreitbare Grenze. Dies erinnert an das alte Wort von Platon, das Aristoteles aufnahm: Unerzogenheit (*apaideusia*) sei es, nicht zu wissen, wo man Begründungen fordern darf und wo nicht. Dass wir heute nur noch von ‚Ethikbegründung‘ reden, ist damit selbst Zeichen einer tiefen Dekadenz. Dass die europäische Verfassung des Gottesbezuges entbehrt, ist indessen mehr als bedenklich.

Zu Recht und aus diesem Geist war in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik von der *wert- und zugleich wehrhaften* Demokratie die Rede. Für sie war vor allem der antitotalitäre Grundkonsens entscheidend. Deshalb werden wir mit größter Sorge erkennen und darauf reagieren müssen, wenn dieser Konsensus einer ideologischen Front des Kampfs gegen Rechts und des Aufstandes von selbsternannten Anständigen weicht, mit Pirouettendrehungen des medialen und politischen Establishment, zu denen der einstige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber zurecht gesagt hat, es sei widersinnig, wenn die Politiker gegen sich selbst demonstrieren würden.

Nach dem Gesagten zeigt sich, meine Damen und Herren, nicht nur, dass Deutschland auch eine Freiheitstradition hat, die neben jener des Westens bestehen kann, diese Freiheitstradition lehrt vielmehr den Zusammenhang äußerer und innerer Freiheit und die Notwendigkeit einer ‚Ordnung der Freiheit‘, die die Französische Revolution nicht schaffen konnte. Dabei zeigt sich auch, dass Freiheit auf Grenzsetzungen und konkrete Maßstäbe der Sittlichkeit angewiesen ist. Schon in der griechisch antiken Welt wusste man, dass die Freiheit (*Eleutheria*) nur in den Mauern der Stadt gedeihen kann und dass die Gesetze (*Nomoi*), die übrigens eng mit der Vernunft (*Nous*) zusammenhängen, die besten Mauern sind. Sie fordern Gestaltung nach innen: ein Ethos, dessen elementarste Form das Sittengesetz ist, dessen verbindlicher Grundgehalt aber in einem christlich fundierten Staat der Dekalog ist und seine Verdichtung im Doppelgebot der Liebe.

In Preußen begegnet, wie Hegel sehr zu Recht sagte, in verdichteter Form die Rechts- und Staatstradition von 2000 Jahren: Antike, Römisches Recht, Christlicher Glaube, Aufklärung. Wo dieses Fundament verlas-



sen wird, wird Freiheit Willkür, ein Mehrhabenwollen ohne Ende, eine Hybris greift um sich, die keine Grenzen kennt und deren Wort ist: Nach uns die Sintflut! Immerhin wird heute in der allgemeinen Öffentlichkeit ungestraft dieser Leitfaden durchtrennt – das, was einmal Sünde hieß, geradezu sanktioniert. Darauf wies vor wenigen Wochen in einer brillanten Titelgeschichte des Spiegel Matthias Matussek hin: Völlerei, Habsucht, Gier, sexuelle Grenzenlosigkeit werden nicht mehr verschämt verborgen, sondern offensiv zur Schau gestellt.

Vor dem Hintergrund dieser Freiheitsgeschichte kann es keinerlei moralische Rechtfertigung des Hitler-Regimes geben. Deshalb haben wir aufs Strengste festzuhalten, dass die preußische Staatsidee nichts mit preußischem Erbe zu tun hat! Der Tag von Potsdam war eine Usurpation Preußens.

Elementar beruht die Freiheit in einem staatlichen System auf der Pluralität politischer Kräfte, der Fähigkeit zu Kompromiss und Konsens, die aber nicht um ihrer selbst willen, sondern im Blick nach dem möglichen Besten orientiert sein muss.

Dies erfordert in einer parlamentarischen Demokratie, dass Parteien am Willensbildungsprozess mitwirken, nicht aber, dass das Gemeinwesen in Parteieninteressen preisgegeben wird. Hans Herbert von Arnim hat die Auswüchse und Dekadenzphänomene in seinen Büchern eindrucksvoll beschrieben, ebenso wie Schachtschneider oder Hankel die Erosion der rechtsstaatlich freiheitlichen Demokratie durch Brüsseler Eurokratie deutlich genug benannt und durch ihre Klagen den Finger in die Wunde gelegt haben.

Zu allen subjektiven Erosionen und Dekadenzphänomen kommt hinzu, dass Parteien in ihrer Ausrichtung und Herkunft kaum mehr in der Lage sind, auf das herausfordernde Problem der ‚Ordnung der Freiheit‘ zu reagieren: Ihr Ideenreservoir entstammt weitgehend dem 19. Jahrhundert: Es ginge darum, dass Liberale, im Nationalliberalen Sinne, am Beginn des 21. Jahrhunderts sich erneuerten, und Konservative wieder entdecken, was das Konservative Fundament ist: Maßstab ist dabei, ich will es sehr deutlich sagen, nicht die ‚Konservative Revolution‘. Der Konservatismus ist auch nicht erst im Sog der Französischen Revolution erwacht, als das

Selbstverständliche nicht mehr selbstverständlich war. Der Konservative muss aus dem Geist von mehr als 3000 Jahren schöpfen, den europäischen Überlieferungen, die das europäische Fundament bilden müssen. Wenn dies, mit klarem Blick auf die heutigen Reallagen geschähe, dann wären, davon bin ich überzeugt, auch strukturelle Mehrheiten denkbar. Preußens Erbe: Gedächtnis, Rechtlichkeit, Wahrhaftigkeit – solche Fundamente, auf denen die Vertriebenen gründen, dürften dabei eine zentrale Rolle spielen. Fragen wir vor dieser Freiheitsgeschichte, was das Verhältnis von Publizität und Freiheit *heute* bedeutet?

Das Tocquevillesche Pendel zwischen Freiheit und Gleichheit ist in den letzten Jahren in unserem Land in einem deutlich erkennbaren Maße in die Richtung der Gleichheit umgeschlagen. Wir sehen, dass konstitutiven Momenten der Freiheit eine geringe Präferenz zugewiesen wird. Gerade die junge Generation scheint nicht mehr recht zu wissen, was sie preisgibt, wenn sie sich freiwillig (was immer ‚Freiwilligkeit‘ in solchen Zusammenhängen heißen kann!) in Container einsperren lässt – im ganz wortwörtlichen Sinne, in das ‚Gestell‘ (Heidegger) der WEBCAMS und Blogs, die unsichtbaren Bindungen des Netzes, das nichts vergisst und alle Spuren bewahrt.

Nicht minder alarmierend ist es, wenn nicht mehr in Freimütigkeit grundsätzlich unter Offenlegung der Prämissen um die bewegenden Fragen des eigenen Landes öffentlich in sachgerechter Debatte gestritten wird – in Presse ebenso wie in Parlamentsdebatten. Alarmierend für die Freiheit ist es immer, wenn über die eigentlichen Fragen nicht mehr offen debattiert wird. Rede und Argument sind heute vielfach durch das schön inszenierte, schmeichelnde Bild, die Inszenierung ersetzt, hinter der keine Konzeptionen erkennbar sind. An die Stelle der langen Strecke tritt die Momentaufnahme. Es hat sich ein Meinungsklima gebildet, auch bedingt durch die Inflation von Talkshows, das weniger freie entscheidungsmächtige Bürger anspricht, als zu umschmeichelnde Egoisten. Es adressiert sich auch - die ebenso unschöne Kehrseite an staatsabhängige Rentenempfänger. Dabei wird nicht mehr Gemeinsinn, Pflicht, Patriotismus (in einer universalen weltbürgerlichen Grundhaltung) abgefordert. Vielmehr wird ungefilter-

ten Eigeninteressen Honig ums Maul geschmiert. Schmeichelei nannte Platon dies, und er sah darin das Dekadenzphänomen jeder Demokratie: Sie zerfließt in Anarchie und am Ende droht sie in Tyrannis umzuschlagen, wie Platon im VIII und IX. Buch der ‚Politeia‘ zeigt! Es ist doch offensichtlich, dass bürgerliche Freiheit nicht gedeihen kann, wo immer mehr Menschen in Staatsabhängigkeit von Transferzahlungen leben, wo das Anerkennnisverhältnis der Eigenleistung nicht gewährleistet und angestrebt wird und auf Sinnfragen nur technokratische Antworten gegeben werden können. Die völlige Nivellierung und Diskreditierung von Elite und Führung hat zu dieser Misere beigetragen. Selbst wenn man heute den Elitenbegriff wieder in den Mund nimmt, wird man diese Tendenz nicht ohne Weiteres korrigieren können.

Seit Langem bildet sich eine Zivilreligion heraus, in der Libertinismus das letzte Wort hat. Papst Benedikt XVI. sagte es vor seiner Wahl mit einem treffenden Wort: „Diktatur des Relativismus“.

Um nur einige wesentliche Felder zu nennen, auf denen dieses Schweigen fast flächendeckend um sich gegriffen hat:

1. Über die Zielbestimmung und Verankerung der Bundeswehr angesichts der neuen Auslandseinsätze wurde bis in den Herbst 2009 überhaupt nicht öffentlich gesprochen. Dass der Auftrag und das Ziel von Streitkräften in der Nation verankert ist, dass die Nation sich ihrer nicht schämen, nicht verdrückt wegducken darf, ist dabei von entscheidender Bedeutung. Ein universalistischer Menschenrechtseinsatz von moralisch höherem Gelände gewinnt zunehmend Züge des Irrealen und lässt die Soldaten – und die Gefallenen – alleine. Die Scheu, die Dinge beim Namen zu nennen, bis in die Begrifflichkeit hinein (kriegsähnliche Zustände, im umgangssprachlichen Sinn ‚Krieg‘) legt die Misere offen. Es bedarf aber einer neuen Ethik des Soldaten, die auch über die Konzeption des ‚Staatsbürgers in Uniform‘ hinausgehen muss.

2. Die Problematik der Integration, namentlich von Millionen von Muslimen wurde nicht zur Debatte gestellt. Die Politik und öffentliche Meinung reagierte weitgehend als Getriebene, etwa durch die Reden des türkischen Ministerpräsidenten, auch in Deutschland. Ungleiches soll gleich

behandelt werden: Wie man an der Empfehlung des Wissenschaftsrates zu Islam-Fakultäten sehen kann, macht man sich noch gar nicht klar, was den Islam von Grund auf vom Christentum unterscheidet. Wer die Stimme Kassandras erhebt, wird als Islamophob desavouiert. Die Diagnose von Samuel Huntington vom ‚Clash of civilizations‘ wurde totgeschwiegen und verlacht. Verkannt wurde dabei, dass sie nicht zuletzt die *raison d'être* der westlichen Gesellschaften selbst bezeichnete.

3. Doch auch wer die Grenzen der Lebensgestaltung und das physische und geistige Elend, das aus einem hemmungs- und grenzenlosen sexuellen Libertinismus erwächst, benennt, vergeht sich mittlerweile leicht an einem der vielen Dogmen der Zivilreligion. Man mag sich hier an die Diagnose von Sigmund Freud erinnern, dass ein Mensch (oder eine Zivilisation), die keine Scham mehr kennen, in Schwachsinn verfällt.

4. Auch die Frage, wie unsere Ökonomie und Gesellschaft Bestand gewinnen soll, wird nicht wirklich grundlegend aufgeworfen. Es bedeutet ein gravierendes Problem, dass in der globalen Welt Kapital ohne Arbeit, Arbeit ohne Kapital denkbar wird. Durch weitere Sedative wird man dem nicht standhalten – und schon gar nicht durch die Kultivierung einer Abhängigkeitsmentalität, die still hält. Doch die Gegenkraft kann nicht der enthemmte hundeschnautzenkalte Libertinismus von Chicago Boys sein, sondern Bürgerschaftlichkeit und Pflicht, freies Unternehmertum in Verantwortung vor der Gesellschaft. Glücklicherweise gibt es all dies im Inneren des Landes noch immer. Auch der recht verstandene Sozialstaat ist Preußisches Erbe.

5. Unthematisiert bleibt deshalb auch das Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarländern, weshalb in der Öffentlichkeit einem geschichtsvergessenen Irrationalismus, etwa im Verhältnis zu Polen, das Wort geredet werden kann. Geschichtslügen, die die Exekution der Gewalt sanktionieren, unter der übrigens in anderer Hinsicht freiheitliche patriotische Polen nicht minder litten als die deutschen Vertriebenen, kann nur durch eine immer dichtere Schweigespirale aufrechterhalten werden. Es ist fatal, wenn dies zur Richtschnur künftiger Politik werden sollte. Vielleicht bedeutet auch hier die zweite Katastrophe von Katyn eine Wendung. Peter

Koslowski, heute Ordinarius für Philosophie in Amsterdam, hat dazu in einem Leserbrief in der „Faz“ am 10. März zutreffend bemerkt: „Deutsche Politiker haben die Aufgabe, die Interessen ihrer Nation im Einklang mit den Forderungen des Gemeinwohls der europäischen Völkerfamilie zu fördern. Sie haben nicht die Aufgabe, den auf dem Recht des Stärkeren beruhenden Status quo als Status der Versöhnung ihren Bürger, die immerhin ihr Souverän sind (unteilbare Souveränität, woran heute kaum mehr gedacht wird!), propagandistisch und geschichtsverfälschend aufzunötigen. Wenn sie nicht in der Lage sind, die wenig erfreuliche Realität im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland (man muss hinzufügen: im zwischenstaatlichen Verhältnis!) nüchtern zu erkennen, muss man annehmen, dass sie auch in anderen Zusammenhängen nicht in der Lage sind, die deutschen Interessen zu erkennen, was Anlass zu der Sorge gibt, dass sie nicht in der Lage sind, eine große Nation wie Deutschland zu regieren“. Dem ist kaum etwas hinzuzufügen. Auch in Polen ist all dies bekannt: Jozef Lipski hat einst zu Protokoll gegeben, was Bartoszewski in seiner Zeit als Außenminister in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag bekräftigte: „Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben ... Das uns zugefügte Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben“.

Der ethische Gesichtspunkt ist nach Robert Spaemann jener der strengen Sachlichkeit. Der die anderen Gesichtspunkte in die ihnen zukommende Reihenfolge bringt. Diese genuin preußische Einsicht muss auch im Verhältnis zu unserer Geschichte wieder Geltung haben!

6. Wo das Meiste und Wesentliche verschwiegen wird, müssen umgekehrt ständig Schlagzeilen und Hysterien an Rändern produziert werden, als käme es auf sie an. Damit meine ich nicht nur den Hype, der um belanglose Stars und Sternchen erzeugt wird, die Aufschaukelung des Banalen, die man harmlos finden könnte, wenn sie nicht völlig verfehlte Normbilder erzeugte, geradezu zuwiderlaufend der PAIDEIA und Bildung, sondern auch die Hervorhebung eines einzelnen Momentes, das Teilwahrheit haben mag, wie Senkung oder Erhöhung eines Steuersatzes. Im Banalen er-

wächst Hysterie; und Peter Sloterdijk ist zuzustimmen, dass sie das heimliche Band dieser Gesellschaft ist.

Hegel sagte einmal, in der Philosophie könne nichts Einzelnes wahr sein. Es muss aufs Ganze, auf seine Kehrseite hin, durchsichtig werden. Cum grano salis gilt dies auch für die Politik.

Deshalb stimme ich auch nicht in das Lob auf einzelne Tabubrüche ein: Sarazin- und Westerwelle-Äußerungen, in denen mit der gleichen Schlichtheit ein unbezweifelbarer Missstand benannt, nicht aber gefragt wird, woher in der Tiefe er rührt.

Es ist gewiss von Vorteil, wenn die Schweigespirale durchlässig wird – und dazu bedarf es auch der Provokation, die spitz und gut gezielt sein sollte, wie ein Partherpfeil. Doch wenn man provoziert hat, muss man etwas zu sagen haben – in gemeinsinniger Verantwortung und mit bestem Wissen und Gewissen, auch unter Hintanstellung eigener Interessen. Die Provokation, das Hervorrufen einer Antwort, wird nur dort überzeugen, wo sie sich aus dem positiven Licht der Wahrheit speist. Dabei besteht eine besonders wichtige Toleranzübung darin, Gedanken zu denken, die man gegen sich selbst denkt. Wer dies nicht tut, sondern stattdessen in seinem Tabubruch schwelgt, trägt wenig zu den Fragen der eigenen Zeit und des eigenen Landes bei.

Man darf nie vergessen: Das freie öffentliche Wort bedeutet zugleich hohe ethisch sittliche Verantwortung.

Wir bedürfen einer Geschichtsschreibung, die pädagogische Manipulationen aufbricht, insofern einer Revision. Doch sie darf nicht ihrerseits einer Apologetik folgen und ‚Deutschlands Tragödie‘, das wahnwitzige, dezidiert anti-christliche, anti-europäische Fundament des Hitlerismus verkennen. Diese Grenze ist eindeutig gezogen – gegenüber jedem Revisionismus.

Alles in allem dürfte es heute entscheidend darum gehen, die Schweigespiralen zu durchbrechen, den moralischen und intellektuellen Rang wiederzugewinnen, den dieses Land, nicht zuletzt im Zeichen der Preußischen Staatsidee, einmal hatte – im Geiste einer auf Sittlichkeit begründeten Freiheit.

Wie der preußische Generalstab fragen wir am Ende, nach der Bestimmung der Lage: Was tun? Martin Walser hat schon vor mehr als zehn Jahren in

seiner Rede beim Empfang des deutschen Buchhandels darauf hingewiesen, dass das Klima des Meinungs-Jakobinismus der inneren Stimme des Gewissens, in dem nach Hegel der Mensch mit sich alleine ist, entgegentläuft. Äußerliche Rituale treten an die Stelle der Zwiesprache mit sich selbst. Das Gewissen darf nach christlichem Verständnis nicht allein bleiben. Dann verkrümmt sich der Mensch wie ein Wurm in sich: in se curvatus (Luther). Voraussetzung der Gewissensaktivität ist umfassend informierte Urteilskraft. Gerade in der „Weltrisikogesellschaft“ (Ulrich Beck), in der wir oftmals eher manipuliert als umfassend unterrichtet werden, ist sie unerlässlich. Zentrale Bedeutung kommt daher solchen Medien zu, in denen dieser Austausch stattfinden kann. Wenn sie zum Teil als „oppositionelle Zeitungen“ ausgegeben werden, muss man sich fragen, was dies über das System aussagt. Der PAZ kommt hier meiner Überzeugung nach auch künftig eine entscheidende Rolle zu. Die Sechzigjährige ist brillant aufgestellt, sie wird zur zweiten großen konservativen Wochenzeitung – dies brauchen wir, es bräuchten auch skrupulöse Linke und Liberale! Ich bin überzeugt: Sie hat ihre Zukunft noch vor sich. Gerade die Gediegenheit einer Wochenzeitung ist offensichtlich nicht durch das schnelle Rauschen neuer Medien zu ersetzen.

Ein wirklicher Pluralismus, der Meinungs- und Gewissensbildung schärfte, in Nüchternheit und Brillanz die Situation analysiert, am Tage, doch über den Tag hinaus, hat die Presselandschaft der alten Bundesrepublik ausgezeichnet. „Faz“, „Welt“, teilweise auch die „Süddeutsche Zeitung“ waren Flaggschiffe. Sie formten Meinungen, Diskussionen, durch legendäre Leitartikler und Journalisten, die auch im Grundsätzlichen und im weiten geschichtlichen Bogen zu denken wussten. Solche Zeitungen verstanden sich selbst gleichsam als ‚Orden‘, wie mir mehrfach hochverdiente ältere Publizisten sagten. Es ging die Rede bei dem Ansinnen um Gehaltserhöhung: „Sie verdienen hier nicht D-Mark, sondern Faz-Mark“. Dies verpflichtet zu einem Korpsgeist, der sich vor allem ein Niveau schuldig ist.

Dass wir Medien dieser Qualität kaum mehr haben, liegt auf der Hand. Dafür gibt es manche Gründe: nicht zuletzt, dass die börsenfixierte Shareholder Value-Ökonomie und die großen Einbrüche der Börsenkurse

dazu führen, dass man meint, sich qualitativen Journalismus nicht mehr leisten zu können. Aber auch Kehrtwendungen der Political Correctness senken das Niveau. Dass die brilliantesten Federn bei der Jungen Freiheit oder auch der PAZ schreiben, spricht für sich. Es ist eine große Chance, auch wenn mitunter so getan wird, als seien Blätter, die in etwas vom tumben Mainstream abweichen, schon Oppositionspresse, vielleicht der SAMISDAT unserer Gesellschaft. Einer dieser brillanten freien Geister Konrad Adam hat das Gesetz der Schweigespirale so formuliert: Wirklich und wahr ist, was behauptet werden kann.

Der öffentliche Diskurs durch bedeutende Zeitungen ist dabei ein dezidiert preußisches Erbe. Nur pars pro toto sei an die ‚Zeitungsstadt‘ Königsberg erinnert. Die „Hartungsche Zeitung“, ein gemäßigt liberales Blatt, brachte Friedrich Wilhelm IV. gegen sich auf. 1848 formte sich die „Neue Königsbergische“ aus, für die unter anderem der bedeutende Kulturhistoriker Gregorovius schrieb. Der Ruhm solcher Zeitungen reichte weit über Königsberg hinaus. In Thomas Manns ‚Buddenbrooks‘ ist dieser Presse-Liberalität ein Denkmal gesetzt. Morten Schwartzkopf liest Toni Buddenbrook aus dieser freien Presse vor, umweht vom Meer des Nordens. Mit wie viel Schwierigkeiten ist in der Freiheitsgeschichte der Deutschen Pressefreiheit gegen Zensur gekämpft worden! Und in einer bedrückend schleichenden Freiwilligkeit wird das Rad in Selbstzensur, Parteienproporz und Anpassung zurückgedreht. Eine eigene Abhandlung müsste der Ablösung des geschriebenen und gesprochenen Wortes durch das Bild gelten. Ernst Pöppel, einer der führenden Hirnforscher, hat jüngst prognostiziert, man könnte sich eine Regression in orale und visuelle Kultur denken. Man muss aber hinzufügen, dass dies wohl kaum eine aufgeklärte, freiheitliche und demokratische Kultur sein würde.

Der Begriff der Publizität reicht freilich bei aller Bedeutung über die Zeitungen hinaus: Der Professor, öffentliche Lehrer, der zugleich ein Confessor sein sollte, hat darin auch eine wichtige Aufgabe. Gewiss, Max Weber wandte sich gegen die Kathederpropheten. Sie seien dem strengen Wissenschaftsideal, zu dem wir in der Moderne verpflichtet seien, nicht mehr gemäß. Dies kann jedoch nur bedeuten, dass zwischen Lehrvortrag



und öffentlicher Rede und Publizistik zu unterscheiden ist, jener Publizistik, deren sich gerade Max Weber mit größtem Charisma befleißigte. Und zum anderen: Dort, wo die Begrenzung auf das Detail nicht mehr Askese und Disziplinierung ist, wie in Webers neuem Wissenschaftsethos, sondern Zeichen einer Selbstgenügsamkeit und Unfähigkeit, überhaupt noch große Linien zu erkennen, könnte es an der Zeit sein, den Wissenschaftsbegriff neu zu orientieren. Die Professorenschaft sollte in jedem Fall eine Elite in Gemeinsinnigkeit aber auch in Unabhängigkeit und, bei allen einzelnen Differenzen, in wechselseitiger Anerkennung bilden, als Vertreter ihrer Standes- und Berufsehre.

Dergleichen fehlt heute fast gänzlich. Stattdessen haben wir Lobbyisten und Experten vor uns. Die Grenzen zwischen beiden Gruppen verlaufen immer fließender. Die Aushöhlung und Selbstaushöhlung des Hochschullehrerberufs ist deshalb nicht nur ein gravierender Verlust für den Rang der deutschen Universität, ja Teil ihrer Selbstaufgabe. Dies hat aber auch Folgen für die Freiheit der Republik selbst. Unwürdig ist es des Professors, sich eine Nische zu suchen. Nicht selbst die Begriffe zu prägen, sondern in den verordneten EU-Mainstreams seine Frage mit zu platzieren. Wir erleben heute, dass diejenigen die im Sinne dieses Ethos handeln, marginalisiert werden, die stumm und stumpf bleibenden Vertreter, die das AGENDA-Setting nur bestätigen, reüssieren hingegen.

Der Zusammenhang von Sittlichkeit und Publizität legt uns nahe, die Moderne zu bejahen, aber keineswegs die Entwurzelung immer weiterzutreiben und schon gar nicht Lemmingen gleich in die Selbstzerstörung zu rennen. Genau dies meinte Walter Benjamin, ursprünglich ein linker Denker, der aber die Grenze des Fortschritts exemplarisch klar sah, als er vom Engel der Geschichte sprach, vor dem die Leichenberge wachsen. Es ist innezuhalten, die Grenze ist zu gestalten, wenn man menschenwürdige Zukunft erschließen will!

Meine Damen und Herren, wo eine gegliederte, hochrangige Publizität gefährdet ist, ist es auch die Freiheit.

Gerade wenn wir am preußischen Erbe, am klassischen deutschen und europäischen Geist Maß nehmen, sehen wir, in welcher Dekadenz wir

uns heute befinden, wie buchstäblich alles, was gilt, ins Gleiten kommt, ja pervertiert wird. Es kommt deshalb darauf an, dem Gedanken der begründeten Freiheit wieder Öffentlichkeit zu verschaffen. Dazu müssen wir auch Eitelkeiten und weitere Zersplitterungen innerhalb des freiheitlichen Konservatismus hinter uns lassen, wir müssen viel stärker institutionelle Vernetzungen bilden: Denn das Selbstverständliche ist nicht mehr selbstverständlich. Dies schulden wir einander. Damit nicht länger beste Köpfe der mittleren und jungen Generation von der Rolle ausgeschlossen sind, die sie spielen sollten, während Vabanquespiel, Karrierismus, Anpasserei sich empfehlen.

Wir schulden es auch unserem Land – und dem großen Erbe: in Verantwortung vor der Tradition.

Einem gleich-gültigen Relativismus wird es nicht gelingen. Die Trias von Publizität, Sittlichkeit und Freiheit (PARRHESIA PARAKLESIS) ist zu vervollständigen auf die Wahrheit. Die Wahrheit allein ist es, die uns freimacht, im Sinne der biblischen Verheißung.

Wahrheit ist schön, tief, glanzvoll. Sie lässt sehen: In Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, über uns hinaus, und damit uns selbst in klarerem Licht.

## Die Autoren



**Horst Seehofer,**  
1949 in Ingolstadt geboren, ist der Bayerische Ministerpräsident und CSU Parteivorsitzende.



**Wilhelm v. Gottberg,**  
geboren 1940 in Woonen/Ostpreußen, ist Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Vizepräsident des BdV.



**Prof. Dr. Harald Seubert,**  
geboren 1967 in Nürnberg, lehrt Philosophie an der Universität Halle-Wittenberg und hat eine Professur für Kulturphilosophie und Geistesgeschichte an der Adam Mickiewicz-Universität Posen.

# Die PAZ/Logos im Spiegel der Zeit

März 1950



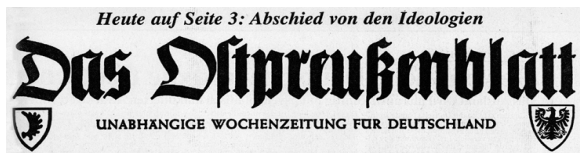
April 1950



September 1984



Oktober 1990



Februar 2005



Januar 2010

